



# **Leitantrag des Landestages 2015 in Oldenburg**

## **„Kommunalpolitik mitgestalten – Junge Ideen für bessere Räte“**

Verfasser: Katharina Ehrlich, André Hüttemeyer, Theis Müller

1 Die niedersächsischen Kommunalwahlen im September 2016 stehen zwar noch nicht  
2 unmittelbar bevor, aber als verantwortungsbewusste Nachwuchsorganisation der CDU fühlen  
3 wir uns dazu verpflichtet, das Thema Kommunalpolitik bereits jetzt in den Fokus zu rücken. In  
4 diesem Leitantrag wollen wir die wichtigsten Herausforderungen für die Landkreise und  
5 Kommunen aufzeigen und die Forderungen der jungen Generation darstellen. Der vorliegende  
6 Leitantrag ist dazu gedacht, junge Mandatsträger im Hinblick auf ihre politischen Forderungen  
7 in ihren Kommunen zu unterstützen.

#### 8 **Verantwortungsvoller Umgang mit den kommunalen Finanzen**

9 Erfreulicherweise haben im Oldenburger Land, vor allem auch durch die erfolgreiche Arbeit  
10 der CDU vor Ort, im norddeutschen Vergleich überdurchschnittlich viele Kommunen seit  
11 Jahren ausgeglichene Haushalte. Allerdings erreichen nicht alle Kommunen einen  
12 ausgeglichenen Haushalt, sondern müssen ihre finanziellen Verpflichtungen durch die  
13 Aufnahme neuer Kredite decken.

14 ***Die Junge Union im Landesverband Oldenburg spricht sich dafür aus, dass möglichst jede***  
15 ***Kommune im Oldenburger Land auf einen ausgeglichenen Haushalt hinarbeiten soll.*** Neue  
16 Schulden sollen nur maßvoll und für perspektivische Maßnahmen aufgenommen werden. Die  
17 Junge Union fordert, dass Schulden bereits heute aktiv abgebaut und die daraus  
18 resultierenden Probleme nicht einfach auf die nächste Generation übertragen werden. Die  
19 Kürzung freiwilliger Leistungen darf dabei kein Tabu darstellen, allerdings muss die Kommune  
20 für Investoren und Bevölkerung immer attraktiv und somit zukunftsfähig sein.

21 ***Des Weiteren spricht sich die Junge Union Landesverband Oldenburg dafür aus, dass die***  
22 ***Kommunen weiterhin Investitionspläne mit einer klaren Prioritätensetzung entwickeln.*** Die  
23 Junge Union Landesverband Oldenburg fordert daher, der mittelfristigen Ergebnis- und  
24 Finanzplanung für die jeweils nächsten 5 Jahre stärkere Bedeutung zukommen zu lassen. Dies  
25 darf jedoch nicht dazu führen, dass den Kommunen sämtliche kurzfristige  
26 Investitionsmöglichkeiten abgeschnitten werden. So besäße jede Kommune einen  
27 feststehenden Investitionsplan, den sie abarbeiten und ihren Bürgern transparent  
28 präsentieren kann. Ein derartiger Investitionsplan soll daraufhin in anstehende  
29 Haushaltsplanungen mit einbezogen werden.

30 Die Junge Union Landesverband Oldenburg spricht sich für schlanke und effiziente  
31 Verwaltungen aus. Personalkosten konnten im Vergleich mit anderen Regionen  
32 Niedersachsens immer vergleichsweise gering gehalten werden. Ein Grund dafür ist auch, dass  
33 im Oldenburger Land traditionell auf die Bildung von meist personalintensiven  
34 Samtgemeinden verzichtet wurde. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels  
35 spricht sich die Junge Union Landesverband Oldenburg dafür aus, dass Möglichkeiten zur  
36 kommunenübergreifenden Zusammenarbeit (wie bspw. bei einzelnen Aufgaben von  
37 Betriebshöfen) und zur Gemeindezusammenlegung im Einvernehmen mit der Bevölkerung  
38 realisiert werden, um langfristig Personalkosten zu sparen. Eine derartige Reduzierung von  
39 Personalkosten und eine damit einhergehende Effizienzsteigerung einer Kommune kann auch  
40 durch stärker betriebene Digitalisierungen vorangetrieben werden. Dokumente, Anträge,  
41 Vorlagen und Formulare sollten stets online verfügbar sein und dort auch eingereicht und  
42 bearbeitet werden können. Durch eine zunehmende Digitalisierung sollen die Kommunen  
43 entlastet und ihr Service bürgerfreundlicher, flexibler und unbürokratischer werden. Dabei  
44 soll weiterhin auch auf Menschen Rücksicht genommen werden, die den sicheren Umgang mit  
45 dem E-Government noch nicht beherrschen, indem auch offline alle Behördengänge erledigt  
46 werden können.

47 Darüber hinaus sollte vor allem in den Flächengemeinden im Interesse unserer älteren  
48 Mitbürger die Einführung sogenannter ‚Bürgerberater‘ geprüft werden. Dabei handelt es sich  
49 um Mitarbeiter des Rathauses, die einmal pro Woche in abgelegene Gemeindeteile fahren  
50 und dort beispielsweise in der örtlichen Dorfbäckerei amtliche Dokumente wie  
51 Personalausweise, Wassermeldekarten etc. annehmen und bei der Wahrnehmung von  
52 Amtsgeschäften unterstützen können.

53 Zusätzlich sind frühzeitige Beteiligungen der Bürgerinnen und Bürger bei kommunalen  
54 Entscheidungen notwendig. Zahlreiche Bürgerinitiativen zu verschiedensten kommunalen  
55 Belangen zeigen deutlich, dass betroffene Bürgerinnen und Bürger für ihre Überzeugungen  
56 eintreten, aber nicht ausreichend in den Entscheidungsprozess eingebunden sind. Die Junge  
57 Union Landesverband Oldenburg fordert daher, das Handeln von Verwaltung und Politik in  
58 den Kommunen transparenter zu gestalten, die Bürgerbeteiligung durch geeignete

59 Maßnahmen zu erweitern und frühzeitige Informationen über kommunale Projekte für  
60 Betroffene bereitzustellen.

### 61 **Kindertagesstätten**

62 Da die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in unserer Gesellschaft immer mehr an Bedeutung  
63 gewinnt, ist es die Pflicht einer jeden Kommune, ausreichend Kindergarten- und Krippenplätze  
64 vorzuhalten. *Die Junge Union Landesverband Oldenburg spricht sich daher für eine*  
65 *wirtschaftlich vertretbare Erhöhung der Kindergarten- und Krippenplätze aus.* Die  
66 Betreuungszeiten in den Kindergärten und Krippen müssen flexibler gestaltet werden, um die  
67 Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Als Alternative zu Kindergärten und-  
68 krippen und zur Realisierung flexibler Betreuungswünsche sollen die Kommunen jedoch  
69 weiterhin und stärker als bisher dafür sorgen, dass eine ausreichende Anzahl an qualifizierten  
70 Tagesmüttern vorhanden ist und diese flexibel und unbürokratisch an die Familien vermittelt  
71 werden.

### 72 **Stadt- und Gemeindeentwicklung**

73 Für die Weiterentwicklung unserer Kommunen ist eine rechtzeitige und bedarfsgerechte  
74 Bereitstellung von Wohn-, Gewerbe- und Industrieflächen als zentrale Voraussetzung  
75 anzusehen. Bei der Ausweisung von Wohngebieten müssen dabei auch die Wünsche und  
76 Ansprüche der unterschiedlichen Zielgruppen mit einbezogen werden.

77 Bei Ausweisungen von Wohngebieten im ländlichen Raum sollte zudem der Mangel an  
78 örtlichen Mietwohnungen berücksichtigt werden. Die Bebauungspläne müssen so angepasst  
79 werden, dass insbesondere in und in der Nähe von Stadt- und Gemeindezentren eine  
80 Verdichtung der Wohnbebauung vereinfacht wird, um das Verkehrsaufkommen zu verringern  
81 und dem oftmals vorherrschenden Mangel von Wohnraum besonders für junge Familien und  
82 Single-Haushalte entgegenzuwirken. Mehrstöckige Mietshäuser an den Stadt-/  
83 Gemeindegrenzen sollten hingegen eher Ausnahme als Regel bleiben.

84 Die Junge Union Landesverband Oldenburg spricht sich für den Erhalt der kommunalen  
85 Bäderlandschaft aus. Die Kommunen, die noch Hallenbäder besitzen, müssen Kindern und

86 Jugendlichen den wohnortnahen Schwimmunterricht durch den Erhalt oder die Sanierung  
87 bereits bestehender Schwimmstätten ermöglichen.

88 Das Vorhalten einer Bade- und Schwimmeinrichtung ist ein zentraler Attraktivitätsfaktor  
89 unserer Kommunen und darüber hinaus eine der noch wenigen verbleibenden  
90 Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Darüber hinaus sichert der Erhalt der Bäder  
91 die Schwimm- und Rettungsschwimmausbildung, sodass an den Küsten sowie an Seen und  
92 Flüssen Kinder und Jugendliche sicher schwimmen können. Dabei muss natürlich der Haushalt  
93 der Kommune im Blick behalten werden. Sparmaßnahmen der Kommunen dürfen jedoch nicht  
94 zu einem Sparen an der Sicherheit unserer Kinder führen. Ihnen muss ermöglicht werden,  
95 wohnortnah schwimmen zu lernen und gehen zu können und das Retten im Wasser zu lernen.  
96 Wir müssen unsere Kinder und Jugendlichen schützen. Dazu zählt auch die Sicherung von  
97 Schwimmbädern. Schulen und Familien müssen kurze Anfahrtswege zu Hallenbädern haben.  
98 Interkommunale Schwimmbäder können hier oft keine Lösung sein, da die Anfahrtswege,  
99 insbesondere für Schulen und Familien sowie minderjährige Kinder zu weit sind. Der Erhalt  
100 von Bädern sichert darüber hinaus unsere, insbesondere im ländlichen Raum wichtigen  
101 Strukturen des Vereinslebens. In vielen Gemeinden zählen Schwimmvereine und die DLRG zu  
102 den größten Gruppierungen.

103 ***Die Junge Union Landesverband Oldenburg fordert daher, den Erhalt und Weiterbetrieb von***  
104 ***Schwimmbädern in den Städten und Gemeinden sicherzustellen.***

105 Der Bau und die Nutzung von Sporthallen soll auch weiterhin finanziell unterstützt und in  
106 Kooperation mit den Sportvereinen durchgeführt werden. Neue Sporthallen sollten dabei von  
107 Anfang an so konstruiert sein, dass die Möglichkeit besteht, sie auch für Großveranstaltungen  
108 und andere Events flexibel nutzen zu können. Bei der Planung von neuen Sporthallen sollte in  
109 Erwägung gezogen werden, ob diese als Mehrzweckhallen genehmigt werden können.  
110 Allerdings darf die Kommune dabei nicht in einen Wettbewerb mit einheimischen Gastwirten  
111 treten.

## 112 **Mobilität und Verkehr**

113 Umfassende Mobilität ist sowohl Voraussetzung als auch wesentlicher Bestandteil unserer  
114 modernen Gesellschaft. Für die Attraktivität unserer Kommunen ist es deshalb unabdingbar,

115 dass der Verkehr sicher und flüssig fließt. Erhalt und Ausbau der vorhandenen  
116 Verkehrsinfrastruktur sind hierfür die zwingende Voraussetzung. Allerdings ist der  
117 Aufgabenbereich der Unterhaltung der kommunalen Straßen und Wirtschaftswege seit Jahren  
118 unterfinanziert, weshalb viele Straßen in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand sind.  
119 Es ist daher dringend erforderlich, in den nächsten Jahren genügend finanzielle Mittel  
120 bereitzustellen, um zumindest den Zustand der vorhandenen Straßen zu verbessern.

121 In vielen Kommunen kommt es beim Aus- oder Neubau von Straßen zur Anwendung der  
122 kommunalen Straßenausbau- bzw. Erschließungsbeitragssatzung, mittels derer ein  
123 erheblicher Teil der Baukosten auf die Anlieger umgelegt wird. Die gesellschaftliche Akzeptanz  
124 für diese finanzielle Beteiligung ist jedoch oftmals gering. Vor allem die Höhe und die  
125 Unvorhersehbarkeit der finanziellen Belastung bereitet vielen Bürgern Sorgen, da durchaus  
126 Kosten von mehreren tausend Euro auf sie zukommen können. **Für zukünftige**  
127 **Baumaßnahmen, die eine Anwendung einer Beitragssatzung auslösen, fordert die Junge**  
128 **Union Landesverband Oldenburg deshalb eine bessere und schnellere Information der**  
129 **betroffenen Bürger, die so früh wie möglich zu erfolgen hat, ohne dabei das Verfahren**  
130 **weiter in die Länge zu ziehen.**

131 Die Akzeptanz für eine Kostenbeteiligung im Rahmen von Straßenausbau- oder -  
132 neubaumaßnahmen könnte ferner erhöht werden, wenn die Kommunen die Möglichkeit  
133 hätten, jährlich wiederkehrende Straßenausbaubeiträge zu erheben, da dies die finanziellen  
134 Belastungen erträglicher machen würde. **Die, Junge Union Landesverband Oldenburg fordert**  
135 **daher die niedersächsische Landesregierung dazu auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der**  
136 **den Kommunen die Möglichkeit einräumt, über eine Satzung größerer Gebiete festzulegen,**  
137 **innerhalb derer alle Straßen als Abrechnungseinheit gelten.** Dadurch könnte der  
138 Investitionsaufwand auf alle Grundstückseigentümer in diesem Gebiet als wiederkehrender  
139 Beitrag verteilt werden. In Hessen, Schleswig-Holstein und vier weiteren Bundesländern wird  
140 ein solches Beitragsmodell bereits erfolgreich praktiziert.

141 Neben den Defiziten im Unterhalt unserer Verkehrsinfrastruktur gilt es ebenso die  
142 Einschränkungen in der Leistungsfähigkeit unseres Straßennetzes zu reduzieren. **Die Junge**  
143 **Union Landesverband Oldenburg setzt sich deshalb für die Optimierungen der vorhandenen**

144 **Ampelsysteme („Grüne Welle für Kraftfahrzeuge“) und für einen verstärkten Umbau von**  
145 **Kreuzungsbereichen in Kreisverkehren ein.** Diese Maßnahmen sind auch im Hinblick auf  
146 Umweltschutzaspekte vernünftig. Ferner wird zur Erhöhung des Verkehrsflusses eine  
147 Überprüfung der vorhandenen Geschwindigkeitsbegrenzungen gefordert. In diesem  
148 Zusammenhang wird auch die pauschale Errichtung von Tempo-30-Zonen im  
149 innerstädtischen Bereich abgelehnt. Die zulässige lokale Höchstgeschwindigkeit darf allein von  
150 den örtlichen Gegebenheiten abhängen. Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit bedarf es  
151 weiterhin einer Reduzierung und Aktualisierung der vorhandenen Straßen- und  
152 Richtungsbeschilderung.

153 Eine weitere Notwendigkeit für eine mobile Gesellschaft ist das Vorhandensein eines  
154 leistungsstarken öffentlichen Personennahverkehrssystems. Der ÖPNV dient dem  
155 Umweltschutz und entlastet die Straßen vom Individualverkehr. Ziel sollte es deshalb sein, die  
156 Zahl der Fahrgäste durch ein bedarfsorientiertes und qualitativ hochwertiges Angebot stetig  
157 zu steigern. Pilotprojekte wie „moobil +“ im Landkreis Vechta, ein bedarfsgerechtes  
158 Rufbussystem, das mit zugleich regelmäßigen Fahrplänen auch die Anbindung bislang vom  
159 ÖPNV weitestgehend abgelegener Gemeinden sicherstellt und bereits mehrfach  
160 ausgezeichnet wurde, sollten auch weiterhin gefördert und mittelfristig flächendeckend und  
161 dauerhaft umgesetzt werden.

162 Für die junge Generation stellen zudem auch sogenannte „Discobusse“, also  
163 Busverbindungen, die freitags und samstags nachts eingesetzt werden, um die sichere  
164 Rückkehr von Abendveranstaltungen zu ermöglichen, eine erhebliche Erleichterung dar und  
165 können zu einem erheblichen Rückgang der Anzahl tödlicher Verkehrsunfälle führen. **Die**  
166 **Junge Union Landesverband Oldenburg fordert deshalb die systematische Einführung und**  
167 **Erweiterung derartiger ÖPNV-Projekte. Diesbezüglich bestehende Nachteile des Lebens in**  
168 **kleineren Gemeinden müssen so weit wie möglich reduziert werden!**

169  
170 In Orten, in denen es stillgelegte Bahnhaltstellen gibt, sollte darüber hinaus gemeinsam mit  
171 dem Streckenbetreiber und der dafür zuständigen Landesnahverkehrsgesellschaft geprüft  
172 werden, ob es möglicherweise sinnvoll sein könnte, diese zu reaktivieren. Selbst wenn sich  
173 eine vollständige Reaktivierung nicht lohnen sollte, kann auch eine saisonal beschränkte

174 Nutzung unter bestimmten Umständen sinnvoll sein, wie dies etwa beim Sonderbahnhof  
175 während des Stoppelmarktes in Vechta der Fall ist.

176

177 Ein weiterer wichtiger Aspekt der heutigen Infrastruktur sind nicht zuletzt auch Fernbusse. Als  
178 preisgünstige Alternative zur Deutschen Bahn, die bis dato eine Monopolstellung im  
179 Fernverkehr innehatte, gewinnen Fernbusanbieter immer mehr an Bedeutung. Allerdings  
180 besteht derzeit kaum eine Möglichkeit für Einwohner ländlicher Regionen, von dieser  
181 Alternative zu profitieren. Eine Anbindung autobahnnaher Landkreise wäre jedoch auch für  
182 die Fernbusunternehmen von Vorteil, da sich ohne erhebliche Verlängerung der Fahrtzeit  
183 enorme zusätzliche Kundenpotentiale ergeben würden. So kam etwa die IHK im Sommer  
184 diesen Jahres im Rahmen einer Studie zu dem Ergebnis, dass eine Fernbushaltestelle an der  
185 A1 im Oldenburger Münsterland, wie sie die JU im Kreisverband Vechta bereits gefordert  
186 hatte, für alle Beteiligten von enormen Vorteil wäre.

187 ***Aus diesem Grund fordert die Junge Union Landesverband Oldenburg Landkreise und***  
188 ***Kommunen, in deren unmittelbarer Nähe Fernbuslinien verlaufen, auf, Gespräche mit den***  
189 ***Anbietern über eine Anbindung an das Fernbusnetz aufzunehmen.***

#### 190 **Gesundheitspolitik im Oldenburger Land**

191 Das Ziel der Jungen Union Landesverband Oldenburg ist es, die Gesundheitsversorgung der  
192 Bevölkerung im Oldenburger Land dauerhaft zu sichern und stetig zu verbessern. Die  
193 zwingende Voraussetzung hierfür ist ein flächendeckendes Netz von Krankenhäusern,  
194 Arztpraxen und Apotheken in unseren Landkreisen und Städten. Der demografische Wandel  
195 und seine Folgen müssen dabei ebenso Berücksichtigung finden, wie die Einflüsse von Umwelt  
196 und sich wandelnden Sozialstrukturen. Besonders im ländlichen Raum verschlechtert sich die  
197 ärztliche Versorgung durch die so genannte Landflucht zunehmend. ***Aus diesem Grunde***  
198 ***fordert die Junge Union Landesverband Oldenburg die Einführung eines Anreizsystems, um***  
199 ***die Nachteile einer Tätigkeit im ländlichen Raum für Ärzte zu kompensieren.*** Auf  
200 kommunaler Ebene können solche Anreize beispielsweise durch günstige oder kostenfreie  
201 Räumlichkeiten für Ärzte oder Apotheker umgesetzt werden. Weitere Anreize wären zudem  
202 durch günstige Darlehen, Stipendien oder Mentoren-Programme für junge Mediziner möglich.

203 Im Hinblick auf die bestehenden Krankenhausstandorte muss es unser oberstes Ziel sein, die  
204 Erreichbarkeit für alle Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen. Es muss sichergestellt bleiben,  
205 dass jeder Bürger das nächste Krankenhaus in einer angemessenen Zeit erreichen kann, um  
206 vor allem die Notfallversorgung zu gewährleisten. Die wirtschaftliche Situation der  
207 Krankenhäuser darf allerdings nicht unberücksichtigt bleiben. Auf Dauer schadet den Bürgern  
208 ein defizitäres Krankenhaus in kommunaler Hand mehr als es ihnen hilft. Mittelfristig sollte  
209 deshalb über die Zusammenlegung von defizitären Krankenhäusern innerhalb eines  
210 Landkreises nachgedacht werden. Als gutes Beispiel kann hierfür die Ammerland-Klinik in  
211 Westerstede angeführt werden, die aufgrund ihrer engen Kooperation mit der Bundeswehr  
212 und einer starken Spezialisierung wirtschaftlich gut aufgestellt ist.

213 Die Junge Union Landesverband Oldenburg fordert zudem eine bedarfsorientierte  
214 Stationierung von hauptamtlichen Rettungswagen in stärkerer ehrenamtlicher  
215 Zusammenarbeit mit Rettungsdiensten, um die Hilfsfrist von derzeit 15 Minuten weiter zu  
216 senken.

### 217 **Mobilfunk- und Datennetze**

218 Die mobile Erreichbarkeit und der Zugang zu schnellem Internet gehören heute zum Lebens-  
219 und Wirtschaftsalltag. **Die Junge Union Landesverband Oldenburg fordert deshalb, dass**  
220 **bestehende Versorgungslücken zeitnah geschlossen werden.** Ein fehlendes Breitbandnetz  
221 bedeutet nicht nur eine Minderung an Lebensqualität, sondern insbesondere auch einen  
222 erheblichen Standortnachteil für ansässige Unternehmen. Aus diesem Grund muss vor allem  
223 der glasfaserbasierende Breitbandausbau weiter forciert werden, anstatt massenhaft auf  
224 „Vectoring“<sup>1</sup> zu setzen. Unser Ziel muss es sein, dass bis zum Jahre 2020 allen Mitbürgerinnen  
225 und Mitbürgern ein Internetanschluss von mindestens 50 Mbit/s zur Verfügung steht.

226 Genau wie beim Breitbandausbau besteht auch bei den vorhandenen Mobilfunknetzen im  
227 ländlichen Raum eindeutig Nachholbedarf. Da jedoch viele ländliche Standorte für die

---

<sup>1</sup> Unter Vectoring versteht man ganz allgemein beschrieben eine Technik, die eine erhebliche Erhöhung der Internetgeschwindigkeit zu einem relativ geringen Preis ermöglicht, indem das sogenannte „Übersprechen“ herausgefiltert wird. Allerdings wird beim Vectoring weiter auf die zum Teil sechzig Jahre alten Kupferkabel zurückgegriffen. Vectoring mag also kurzfristig den Anforderungen der Internetnutzer genügen, wenn sich jedoch die Internetgeschwindigkeiten langfristig weiterentwickeln sollen, führt kein Weg an der Glasfasertechnologie vorbei.

228 Mobilfunkbetreiber nicht attraktiv erscheinen, bedarf es hierfür einer zusätzlichen Förderung  
229 durch die Kommunen. Eine derartige Förderung kann sich beispielsweise in einer kostenlosen  
230 Bereitstellung von Gebäudedächern oder Grundstücken für das Aufstellen der  
231 Mobilfunkmasten ausdrücken.

232 Ein weiteres Kernanliegen des Junge Union Landesverband Oldenburg ist es, die öffentlichen  
233 WLAN-Netze schneller und stärker auszubauen. Während in Ländern wie vor allem Estland  
234 öffentliche WLAN-Hotspots quasi flächendeckend eingerichtet worden sind, liegt Deutschland  
235 in diesem Zusammenhang ungefähr auf demselben Niveau wie manch ein Entwicklungsland.  
236 Nachdem nun die Bundesregierung vor einiger Zeit ein Maßnahmenpaket auf den Weg  
237 gebracht hat, das wesentliche rechtliche Hemmnisse für Anbieter von öffentlichen WLAN-  
238 Netzwerken aufgehoben hat, sehen wir nun nicht zuletzt auch die Kommunen am Zug.

239 Es ist schlichtweg nicht nachvollziehbar, warum es in den meisten Franchise-  
240 Gastronomiebetrieben schon längst kostenloses WLAN gibt, in steuerfinanzierten  
241 Einrichtungen jedoch nicht. Die Einrichtung eines WLAN-Hotspots ist lediglich mit  
242 überschaubaren Kosten verbunden, stellt zugleich aber einen erheblichen  
243 Attraktivitätsgewinn dar. ***Wir fordern daher, dass sowohl die öffentlichen Plätze und***  
244 ***Einrichtungen der Kommunen, als auch die Busse und Bahnen des ÖPNV mit öffentlichen und***  
245 ***kostenlosen WLAN-Netzen ausgestattet werden.***

#### 246 Schule

247 Wie bisher setzt sich der Landesverband Oldenburg für das gegliederte Schulsystem ein. Eine  
248 unfaire Konkurrenz zwischen den Integrierten Gesamtschulen und den Gymnasien gilt es  
249 dabei zu vermeiden, um den Erhalt eines vielfältigen Schulsystems sicherzustellen. Zudem  
250 sollten die Kommunen versuchen, die örtlichen Grundschulen zu halten. Bei  
251 Haushaltsproblemen einer Kommune ist eine Kooperative Gesamtschule anzustreben.  
252 Generell sollte der vor Ort formulierte freie Elternwille zählen. Dagegen sollten Berufsschulen,  
253 wenn möglich, an großen Standorten konzentriert werden. Dabei muss jedoch sichergestellt  
254 sein, dass die Schulwege für Auszubildende in einem zumutbaren Rahmen bleiben und nicht  
255 einen weiteren Rückgang der Akzeptanz der klassischen Ausbildung bewirken.

256 Um Kinder in ihren sozialen Kompetenzen zu fördern und ihnen eine interessante  
257 Nachmittagsbeschäftigung zu bieten, sollte das Nachmittagsprogramm von den  
258 Ganztagschulen eigenständig z.B. in Kooperation mit Vereinen und Musikschulen weiter  
259 ausgebaut werden. So können Kinder individuell betreut werden.

## 260 Vorpolitischer Raum

261 In den Kommunen ist eine Vielzahl von Vereinen und Institutionen tätig. In zahlreichen  
262 Bereichen, wie z.B. Kultur und Sport leisten sie durch ehrenamtliches Engagement einen  
263 unverzichtbaren Beitrag für die Städte, Gemeinden und Landkreise. Die derzeitigen und die  
264 zukünftigen kommunalen Mandatsträger der Jungen Union Landesverband Oldenburg sind  
265 sich dieser Tatsache bewusst. Eine ebenso bedeutsame Aufgabe in den Kommunen wird durch  
266 die Feuerwehren geleistet. Die oft ehrenamtliche Arbeit trägt nicht nur zur Sicherheit der  
267 Kommunen bei, sondern ist vielerorts auch ein wichtiger Bestandteil der Kinder- und  
268 Jugendförderung. Aufgrund der angespannten Haushaltslage vieler Kommunen stellt der  
269 kostenintensive Investitionsbedarf der Feuerwehren eine große Herausforderung dar. Die  
270 Junge Union Landesverband Oldenburg fordert daher, dass die Feuerwehren dort, wo es  
271 bisher nicht durchgeführt wird, eine mittelfristige Finanzplanung vorlegen, um eine bessere  
272 Investitionsplanung der Kommune, auch im Sinne der Feuerwehr, zu gewährleisten.

## 273 Wirtschaft

274 Eine aktive Wirtschaftsförderung ist wichtig, um den Wettbewerb zwischen den Standorten  
275 aufrecht zu erhalten. Der Jungen Union Landesverband Oldenburg sind insbesondere die  
276 kleinen und mittleren Unternehmen wichtig. Dazu gehört eine aktive Wirtschaftsförderung,  
277 um den Wettbewerb zwischen den Standorten aufrecht zu erhalten. Uns sind insbesondere  
278 die kleinen und mittleren Unternehmen wichtig. Daher sollte der Gewerbesteuersatz  
279 regelmäßig auf seine Höhe hin überprüft und ggf. korrigiert werden. **Zudem fordert die Junge**  
280 **Union Landesverband Oldenburg einen stetigen Ausbau von Gewerbegebieten und**  
281 **Industrieparks, um dort Grundstücke zu günstigeren Preisen an KMU zu vergeben.** Hier seien  
282 auch die Handelskammern und ähnliche Institutionen genannt, die im Bereich Digitalisierung,  
283 Nachfolge, Vergrößerung u.Ä. verstärkt beratend unterstützen müssen. Im Bereich der  
284 erneuerbaren Energien sollte zukünftig auf eine sinnvolle Allokation der Windkraftanlagen  
285 geachtet werden.